

Auszug aus **Streifzüge** bei **Context XXI**

(http://contextxxi.org/produktionsverhältnis-weg-staat.html)

erstellt am: 17. Juli 2024

Datum dieses Beitrags: März 2012

Produktionsverhältnis weg, Staat weg – Geld passé!

■ ALFRED FRESIN

Um einer Dämonisierung des Geldes entgegenzutreten und einen klaren Blick für die Demonetarisierung zu gewinnen, seien ein paar Anmerkungen zum derzeitigen Geldwesen eingebracht.

Politische Ökonomie des kapitalistischen Geldes

Tausch und Geld gab es schon in vorkapitalistischen Zeiten. Was ist das Spezifische der kapitalistischen Tauschwirtschaft?

Alle Bürger werden darauf festgelegt, mit dem Warentausch ihre Reproduktion zu gewährleisten. Mit ihrem *Eigentum* haben sie ihre Reproduktion zu bewerkstelligen. Für Leute, die nichts anderes als ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben, sieht die Transaktion auf dem Markt folgendermaßen aus: W(are)–G(eld)–W(are). Mit dem verdienten Geld erschließt sich für die Konsumenten die Vielfalt der Warenwelt – dass sich da nicht allzu viel mit dem Lohn erschließt, ist den meisten Lohnarbeitern bekannt. Ganz anders sieht die Transaktion bei Leuten aus, die ihr Eigentum einsetzen, um andere für sie arbeiten zu lassen. Sie kaufen die nötigen Produktionsmittel und Arbeitskräfte, lassen produzieren, verkaufen die Produkte am Markt mit einem, so ist es bei allen geplant, *Gewinn*, der beim Verkauf realisiert werden soll. Die Bewegung hat nun die Form G–W–G': Aus dem Vorschuss soll Überschuss werden. Dieser Zuwachs an Geld entsteht nicht

im Austauschprozess oder etwa per se aus dem Geld, sondern *durch Schaffung von Mehrwert im Produktionsprozess*. Dieser nicht unwesentliche Vorteil der Erhöhung der Geldsumme (G'), der durch den erfolgreichen Verkauf der Ware realisiert wird, stellt sich also bei den Eigentümern von Produktionsmitteln und den produzierten Waren ein, allerdings nicht bei den eigentlichen Produzenten, den Verkäufern der Ware Arbeitskraft. Es ist dieser Zuwachs, auf den es im Kapitalismus ankommt, ausgedrückt nicht in zunehmendem Nutzen, Genuss und zunehmender Muße, sondern in Geld. Das G' ist das treibende Moment für die Produktion, es ist die notwendige Grundlage des Kapitalismus. *Kapital* wird Geld dann, wenn es diese Potenz zur Vermehrung innehat (also nicht in der Geldbörse der Konsumenten).

Das treffendste Kürzel für den Kapitalismus lautet demnach G–G' – auf diese Bewegung kommt es an. Die Ware stellt bei der Bewegung G–W–G' nur mehr einen Zwischenprozess dar, auf den eine gewisse Branche von vornherein verzichtet. Die Banken statten die Unternehmer mit *Kredit* aus, weil diese Vorschüsse brauchen, damit ihre Geschäfte keine Stockung erfahren und sie diese auf höherer Stufenleiter betreiben können, um sich Konkurrenzvorteile zu schaffen. Dieser Kredit ist „fiktives“ Kapital, da es bloß den Anspruch auf Vermehrung hat und vorerst einmal eine Geldforderung ist, welche die Banken vorweg verzinsen. Die Banken sind die für den Kapitalismus unverzichtbaren Geldschöpfer, und sie

machen dies aus dem gleichen Prinzip wie alle anderen Unternehmen – nämlich um ihr Kapital zu vermehren. Sie stellen ihre „Dienste“ nur zur Verfügung, wenn Letzteres gewährleistet ist.

Für all diese schönen Sachen, die er als politische Klammer betreut, ist der *bürgerliche Staat* mitverantwortlich. Er legt jede Bürgerin und jeden Bürger darauf fest, aus *ihrem (seinem) Eigentum* etwas, nämlich Geld, zu machen. Dafür sind schon einige Gesetze und seine Gewalt nötig (siehe dazu auch Artikel „Der bürgerliche Staat“ in *Streifzüge* Nr. 49, S. 11 ff.) – und außerdem ein staatliches Geld, das auch dem Anspruch genügt, Reichtum zu sein, sowohl im In- als auch im Ausland. Der Staat budgetiert alle steuerbaren Leistungen und Leistungen, die er erbringt, in Geld und bedient sich des Finanzkapitals, um seinerseits Kredite aufzunehmen. Dabei behält er immer seine Kreditwürdigkeit und die Tauglichkeit seiner Währung im Auge. Längerfristig und rücksichtslos neues Geld zu drucken, was ihm hoheitlich zusteht, um damit Ausgaben zu tätigen bzw. Schulden zu bedienen, wird ein Staat, eingebunden in den globalisierten Handel und Finanzmarkt, im Hinblick auf die Güte seines Geldes zu vermeiden trachten. Wenn er es dennoch tut, dann läuft er Gefahr, das Vertrauen der Finanzwelt auf die „Werthaltigkeit“ seiner Währung zu verlieren. Starke Inflation, Abwertung, Währungsreform und schließlich Staatsbankrott können Resultate dieses Vertrauensverlustes sein.

Krise als Geldkrise

Die Banken schaffen Geld als fiktives Kapital. Dabei folgen die Banken in ihrem Geldschöpfungsprozess weiter beharrlich dem Prinzip G–G'. Sie verlangen Zinsen für die Potenz auf Gewinne des noch fiktiven Kapitals. Sie vermehren Geld unabhängig von der Produktion von Werten und deren „Versilberung“ durch erfolgreichen Verkauf.

Im entwickelten modernen Kapitalismus wurde dieses Geschäftsmodell noch weiter vorangetrieben. Zwei Faktoren haben dazu beigetragen: Erstens die Loslösung des Geldes von seiner metallischen Form. Für die Einlösbarkeit des Papiergeldes zum angegebenen Wert steht der Staat mit seiner Gewalt gerade. Zweitens, als Vollendung dieses Anspruches, die Aufhebung der Golddeckung (Aufkündigung von Bretton Woods 1973, eingeleitet von der Abschaffung der Goldeinlösepflicht bzgl. des Dollars durch Nixon 1971).

Heutzutage kursiert eine enorme Menge „fiktiven“ Kapitals in der Finanzwelt. Die exorbitanten Buchwerte, welche das Finanzkapital akkumuliert, sind auch Kapital, jedoch fußen sie auf dem allgemeinen Vertrauen der Spekulanten, dass sie etwas „wert“ sind. Wird dieses Vertrauen beschädigt, indem Schuldner massenweise in Schwierigkeiten geraten, ihre Schulden auch bedienen zu können, und stellt sich der ganze Finanzüberbau als tatsächlich fiktiv heraus, dann ist Krise angesagt. Wann und aufgrund welches Ereignisses das Vertrauen in Misstrauen umschlägt, das ist nicht vorherzusagen. Ob nun die überhandnehmenden Schwierigkeiten von Unternehmen, ihre Schulden bedienen zu können (Dot-Com-Krise), der Wertverfall von Hypotheken aufgrund der prekären Situation vieler Immobilieneigentümer (Immobilienkrise), der Zusammenbruch großer Banken (Bankenkrise) oder die Bankrotterklärung von Staaten (Staatsschuldenkrise) sich zu einer veritablen Krise auswachsen, ist nicht mit Notwendigkeit zu bestimmen. Systemnotwendig ist allerdings, dass es von Fall zu Fall zu einer Entwertung von Kapital kommt, eben kommen muss. Und diese Entwertung vollzieht sich über das Misstrauen in Kredit. Die Banken verhelfen der Krise zum Durchbruch, indem sie Kredite einfordern,

nicht mehr vergeben oder massiv verteuern. Wenn sie sich untereinander nur mehr eingeschränkt oder überhaupt nicht mehr kreditieren, kommt es zu einer Kreditklemme. Diese schlägt mit Notwendigkeit auf das produktive Kapital durch. Kredite stellen sich als zu viel vergeben heraus, Produkte erweisen sich als zu viel für die zahlungskräftige Nachfrage. Aus einer Überakkumulation von Kredit wird eine Überakkumulation von Waren.

An den Gebrauchswerten hat sich nichts geändert, und es wird weiter fleißig gearbeitet, doch das nötige G' kommt nicht mehr so richtig in die Gänge. Und zwar nicht weil es zu viel bzw. zu wenig Waren gibt, sondern weil das Geld nicht mehr in gewünschtem Maße „arbeitet“. Es kracht im monströsen Finanzüberbau und der „Unterbau“ leidet. In konjunkturell guten Zeiten ist es zwar auch kein Honigleckern für die Lohnabhängigen, doch in Krisenzeiten sind sie umso betroffener. Obwohl man Geld bekanntlich nicht essen kann, werden die Sorgen um das Geld zu einem allgemeinen Anliegen erhoben. Die ganze Gesellschaft ruft nach „gutem“ Geld, welches durch vertrauensbildende Maßnahmen wieder hergestellt werden soll. Der Staat bzw. die Staaten sehen sich dabei herausgefordert, denn das „Blut“ ihres Wirtschaftskreislaufes und ihre wirtschaftliche Souveränität stehen auf dem Spiel. Eine Neuaufstellung des Finanzsektors, eine neue Durchsortierung der Staaten oder eine Währungsreform stehen an.

Geldfetisch

Besonders in der Krise wird jedem vor Augen geführt, worum es in dieser Gesellschaft geht.

Die Basis für modernes Geld – nämlich Arbeit als Lohnarbeit und deren Produktion von mehrwertträchtigen Waren – erscheint im bürgerlichen Bewusstsein umgekehrt als Konsequenz funktionierendes Geldes. Geld wird als nützlich, quasi als *natürliches* Schmiermittel des Wirtschaftens, erachtet und geachtet. Dabei werden die Voraussetzungen für das heutige Geld, arbeitsteilige Produktion, Privateigentum der Produktionsmittel, Markt (Tausch), Lohnarbeit und deren politische Klammer, der bürgerliche Staat, als naturgesetz-

lich gültige Grundlagen unterstellt. Die Notwendigkeit des (gut funktionierenden) Geldes für diese Ökonomie wird wie ein Naturgesetz behandelt und Leute, die sich mit Überlegungen hinsichtlich einer Gesellschaft ohne Geld auseinandersetzen, als „Phantasten“ bzw. „Spinner“ betrachtet.

Die bürgerliche Wissenschaft untermauert die „Nützlichkeit“ des Geldes, indem sie es nicht erklärt, sondern über seine Tauglichkeit bestimmt:

In der Volkswirtschaftslehre werden im Wesentlichen drei Funktionen des Geldes unterschieden: Geld hat Zahlungsmittelfunktion. Unter einem Tausch- oder Zahlungsmittel versteht man ein Objekt oder auch ein erwerbbares Recht, das ein Käufer einem Verkäufer übergibt, um Waren oder Dienstleistungen zu erwerben. Geld vereinfacht den Tausch von Gütern und die Aufnahme und Tilgung von Schulden.

Geld ist ein Wertaufbewahrungsmittel. Um diesen Zweck erfüllen zu können, muss es seinen Wert dauerhaft behalten können. Geld ist Wertmaßstab und Recheneinheit. Der Wert einer Geldeinheit wird als Kaufkraft bezeichnet.

(Wikipedia „Geld“)

Damit wird nicht die Frage „Was ist das Geld?“, sondern „Wozu braucht es das Geld, welche Funktionen hat es?“ beantwortet und die Bestimmung der Notwendigkeit des Geldes im Kapitalismus durch die Darstellung seiner Nützlichkeit für das Wirtschaften schlechthin ersetzt.

Diese funktionelle Sichtweise verstellt selbst Kritikern der Marktwirtschaft oftmals den Blick auf radikale Alternativen. Viele von ihnen kritisieren nicht das Geld und dessen Grundlagen, sondern die Auswüchse der Geldwirtschaft und die abhandengekommene Nützlichkeit des Geldes für *alle* Staatsbürger. Die Finanzkrise wird nicht als Notwendigkeit begriffen, welche aus dem Prinzip G–G' folgt, sondern als Missbrauch des Geldes durch die (Investment-)Banken und als Folge deren Profitgier – und staatliche Schuldenpolitik als Knechtung unter den Erpressungen des Finanzkapitals.

Demonetarisierung

Aus den Erläuterungen ergibt sich, dass eine demonetarierte Gesellschaft nicht wie der Kapitalismus – nur ohne Geld – organisiert sein kann. Mit der Abschaffung des Geldes sind auch alle anderen Grundlagen des Kapitalismus abzuschaffen, auf denen das Geld basiert. Das ganze Produktionsverhältnis ist auszuhebeln, das Privateigentum und damit auch die Tauschwirtschaft sowie auch die Lohnarbeit und schließlich auch der Staat, der diese Verhältnisse einrichtet und betreut. Wie immer eine demonetarierte Gesellschaft dann im Detail aussieht, so wird sie auf einer *Vergesellschaftung* der Produktionsmittel beruhen, auf einer Produktion von Gütern, die nicht getauscht, sondern gemäß der vorhandenen Bedürfnisse *verteilt* werden. Geld ist in solch einer Gesellschaft überflüssig, denn dem Tauschwert ist die Grundlage, nämlich

Privateigentum, die Lohnarbeit und der Markt abhandengekommen. (Nicht getan wäre es, das Privateigentum durch Staatseigentum zu ersetzen und das Produktionsverhältnis unangetastet zu lassen, so wie es im sogenannten realen Sozialismus der Fall war.) Auch ein wie immer gearteter geldloser Tausch würde in einer vergesellschafteten, arbeitsteiligen Produktion, deren Güter verteilt werden, obsolet sein.

Es ist nun eine Sache, sich zu überlegen, wie eine demonetarierte Gesellschaft beschaffen sein wird, eine andere, vielleicht schwierigere, wie diese entwickelt werden könnte.

Nach wie vor wird es wohl angebracht sein, möglichst viele Menschen auf die Schädlichkeit des Kapitals und ihre funktionelle Rolle als Arbeitnehmer und Staatsbürger hinzuweisen, d.h. auch ihre verkehrten Vorstellungen darüber zu kritisieren. Denn um eine

neue Gesellschaft ohne Geld aufzubauen, wird es eine Menge Leute brauchen, die wissen sollten, was sie nicht wollen, wogegen sie vorgehen und wer ihre Gegner sind. Geld kann erst dann erfolgreich abgeschafft werden, wenn es nicht als das Übel der Marktwirtschaft gesehen wird, sondern als notwendiger Ausdruck des kapitalistischen Produktionsverhältnisses und deren Einrichtung und Betreuung durch die politische Gewalt.

Alfred Fresin: Geboren 1953. Studierte Industrietechnik, Soziologie, Volkswirtschaft und Philosophie. Lebt und arbeitet als freier Wissenschaftsjournalist in Wien.

Lizenz dieses Beitrags
CC by
Creative Commons - Namensnennung